

**Sonder-Agrarministerkonferenz  
am 12. Dezember 2012  
in Berlin**

---

**Ergebnisprotokoll**

Vorsitz:  
Minister Alexander Bonde  
Ministerium für Ländlichen Raum  
und Verbraucherschutz  
Baden-Württemberg  
Kernerplatz 10  
70182 Stuttgart



**Sonder-Agrarministerkonferenz  
am 12. Dezember 2012  
in Berlin**

---

Landwirtschaft noch die Fördermaßnahmen der 2. Säule dürfen daher eingeschränkt werden. Jeder Neuvorschlag zum künftigen EU-Haushalt muss sich an der bisherigen Höhe der Haushaltsrubrik 2 am EU-Haushalt orientieren. Das bestehende Verhältnis von 1. und 2. Säule ist beizubehalten

5. Die Ministerinnen, Minister und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten die Bundesregierung, sich mit Nachdruck für gleiche Kofinanzierungssätze aller EU-Fonds in einer Region sowie für die Anerkennung privater Mittel als nationale Kofinanzierung einzusetzen. Eine Schlechterstellung des ELER gegenüber den Strukturfonds und des EMFF ist nicht zu akzeptieren.
6. Sie halten für den MFR einen zeitnahen Beschluss zu Beginn des Jahres 2013 für erforderlich, um die notwendige Planungssicherheit für die Landwirte und ausreichend Zeit zur Erarbeitung der erforderlichen Fördergrundlagen zu erreichen. Ansonsten ist die Umsetzung der neuen GAP weder in der 1. noch in der 2. Säule rechtzeitig zum 1. Januar 2014 zu verwirklichen.
7. Sie bekräftigen nachdrücklich ihre Beschlüsse:
  - Zum Mehrjährigen Finanzrahmen auf der Agrarministerkonferenz vom 28. September 2012 in Schöntal, in dem die Bundesregierung gebeten wurde, sich für eine starke finanzielle Ausstattung der Rubrik 2 des Mehrjährigen Finanzrahmens "Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen" einzusetzen, die den großen und globalen Herausforderungen Rechnung trägt, vor denen die Landwirtschaft und die ländlichen Räume stehen. Sie weisen darauf hin, dass bereits mit dem KOM-Vorschlag für die Rubrik 2 des EU-Haushalts reale Kürzungen der Ansätze für die 1. und 2. Säule der GAP verbunden waren.
  - Zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 vom 28.10.2011 in Suhl und 28.09.2012 in Schöntal, in denen sie u. a. die Notwendigkeit einer effektiven und gleichzeitig nachhaltigen Landwirtschaft fordern.
8. Sie bitten das Vorsitzland, diesen Beschluss der Bundesregierung und der EU-Kommission zeitnah zu übersenden.